Ratsherr Dr. Ganten erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen wird. Er begründet dies damit, dass die UWG-Fraktion das Grünflächenkataster für zwingend erforderlich erachtet. Nach den Ausführungen der Verwaltung ist jedoch mit der Vorlage des Konzeptes erst in Jahren zu rechnen. Die UWG-Fraktion ist der Meinung, dass die Organisationsuntersuchung des Betriebshofes und das Grünflächenkataster parallel erstellt werden können und sie drängt darauf, dass die Verwaltung die Einführung des Grünflächenkatasters beschleunigt.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen weist auf den bestehenden Personalmangel hin und dass sich die Stadt Rheinbach in der Haushaltssicherung befindet. Die Erstellung eines Grünflächenkatasters ist sehr arbeitsintensiv und zeitaufwendig. Die Flächen müssen aufgenommen werden, wozu u.a. Ortsbesichtigungen notwendig sind. Ferner ist eine graphische Umsetzung und Bewertung notwendig.

Ratsherr Lüdemann schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Dr. Ganten an. Er vertritt die Auffassung, dass die Vorlage des Grünflächenkatasters Voraussetzung für die Organisationsprüfung des Betriebshofes ist.

Nach Ansicht von Ratsherrn Schiebener kann das Grünflächenkataster Grundlage für eine qualitative Aufwertung der städtischen Grünflächen sein.

Ratsherr Danz äußert seinen Unmut über die zeitliche Verzögerung der Erstellung des Grünflächenkatasters.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen geht davon aus, dass die Organisationsuntersuchung des Betriebshofes in einem relativ kurzen Zeitraum abgeschlossen sein wird. In der Zwischenzeit können schon Überlegungen zu dem Aufbau des Grünflächenkatasters erfolgen. Unter Hinweis darauf, dass Grünflächenkataster und Grünflächenmanagement in erster Linie als Steuerungselement benötigt werden, erläutert sie die Verzahnung mit der Organisationsuntersuchung des Betriebshofes.

Ratsfrau Josten-Schneider hebt die Bedeutung des Themas „Sauberkeit in der Stadt“, wozu auch die Grünpflege gehört, hervor. Für die Ausschussarbeit und die Haushaltsberatungen sind nach ihrer Meinung

1. der Personalbedarf z.B. temporärer Personalbedarf für die Konzepterstellung oder für die spätere Grünflächenpflege,
2. die Kosten u.a. für das Personal und die Grünflächenpflege in Gänze

zu klären. Da der Realisierungszeitraum für die Politik ganz wichtig ist, bittet sie die Verwaltung hierzu bereits in der heutigen Sitzung um eine kurze Stellungnahme.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen kann zum zeitlichen Konzept der Organisationsuntersuchung heute noch keine konkrete Aussage treffen.

Sachkundiger Bürger Dr. Wilmers möchte nicht über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen sondern über den vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion vom 15.03.2018. Er stellt einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag.

Sachkundige Bürgerin Seiffert-Schollmeyer äußert den Wunsch, dass nicht nur die Verringerung der Kosten und des Pflegeaufwandes als Ziel des Grünflächenkatasters formuliert werden, sondern auch die Einbindung von ökologischen Aspekten.

Ratsfrau Vogt bittet auch über den vorliegenden FDP-Antrag vom 08.08.2016 abzustimmen. Zudem stellt sie einen Antrag auf Sitzungsunterbrechung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18.45 Uhr und eröffnet sie erneut um 18:50 Uhr.

Ratsfrau Vogt beantragt, basierend auf den vorliegenden Anträgen der UWG-Fraktion und der FDP-Fraktion die Verwaltung zu bitten, mit der Erstellung eines Grünflächenkatasters und Grünflächenmanagement unabhängig von der Organisationsuntersuchung des Betriebshofes zu beginnen.

Ratsherr Dr. Ganten hält den schriftlich vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion aufrecht, modifiziert diesen jedoch wie folgt um den in der Sitzung formulierten Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Grünflächenkataster zu erarbeiten und dem Rat – ausgehend von dieser Erarbeitung – darzustellen, welche Kosten in den einzelnen Bereichen auftreten und welche Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Vielfalt und zur Kostenreduzierung in diesem Bereich denkbar sind."

Ratsherr Dr. Ganten ist der Meinung, dass seine Antragsformulierung auch dem Antrag der FDP-Fraktion Rechnung trägt.

Der Vorsitzende stellt den weitergehenden Antrag der Ratsfrau Vogt zur Abstimmung.